

wesentlichen all den Ausführungen beipflichte, die der Herr Vertreter des Reichsverkehrsministeriums soeben gemacht hat. Auch wir können grundsätzlich und im allgemeinen ein Bedürfnis für den Bau von Autostraßen nicht anerkennen. Wir glauben vielmehr, daß wir den Bedürfnissen des Verkehrs, auch des Automobilverkehrs, am besten gerecht werden, wenn wir dafür sorgen, daß das vorhandene Straßennetz den Verkehrsbedürfnissen entsprechend, natürlich auch entsprechend den Bedürfnissen des Automobilverkehrs, ausgebaut wird. Ich glaube, zu diesem Standpunkt zwingt schon die Rücksicht auf die vorhandenen Geldmittel. Sollten die doch sehr beschränkten Geldmittel, die für den Wegebau zur Verfügung stehen, zum Bau von Autostraßen Verwendung finden, so würde die notwendige Folge sein, daß das andere Wegenetz vernachlässigt würde, und ich glaube, dem können wir uns nicht aussetzen, zumal nach den Ausführungen, die der Herr Vortragende gemacht hat über die Größe des jetzt noch vorhandenen gemischten Verkehrs.

Wir glauben aber auch, daß, auch vom Standpunkt des Automobilverkehrs, ein Bedürfnis für den Bau von Nur-Autostraßen nicht gegeben ist, weil, wie ja der Herr Vortragende auch hervorgehoben hat, ein Durchgangsverkehr mit Automobilen noch nicht besteht. Der Verkehr der Automobile häuft sich um die Großstädte, um die Verkehrszentren. Da ist vielleicht die Möglichkeit und Notwendigkeit gegeben, Ausfallstraßen als Automobilstraßen anzulegen. Aber die ganzen Zwischenstrecken zwischen den großen Verkehrszentren als Autostrecken auszubauen, dazu können wir ein Bedürfnis nicht anerkennen.

Nun ist vorhin auf die geplante Autostraße Köln—Düsseldorf hingewiesen worden. Hierzu ist folgendes zu bemerken: Der grundsätzliche Standpunkt der preußischen Regierung ist, wie gesagt, daß sie die Autostraßen nicht begünstigen will; aber es gibt Verhältnisse, unter denen eine Autostraße doch nützlich und notwendig sein kann, und bei der Autostraße Köln—Düsseldorf hat allerdings die preußische Regierung solche Verhältnisse als vorliegend angesehen, und zwar deshalb, weil diese Straße in der Hauptsache eine Umgehungsstraße darstellt. Herr Ministerialrat Dr.-Ing. Speck hat in seinem Vortrag schon hervorgehoben, es handelte sich bei dieser Straße darum, den Verkehr aus den Ortschaften zwischen Köln und Düsseldorf wegzunehmen, weil der Verkehr in diesen Ortschaften nicht mehr erträglich war und weil immer häufiger Unglücksfälle vorgekommen sind. Zu diesem Zweck ist die Straße als Umgehungsstraße gebaut worden, und zwar als reine Autostraße, weil hier der Bau einer Straße nur für den Kraftfahrverkehr zweckmäßig erschien.

Also unter Wahrung des Grundsatzes würde die preußische Regierung bereit sein, im Einzelfall zu prüfen, ob für den Bau einer Autostraße, namentlich in den Industriebezirken, ein Bedürfnis vorhanden ist. Grundsätzlich steht die preußische Regierung der Frage ablehnend gegenüber,